

Wie Baden von der Landkarte verschwand

www.ein-badner.webseite.ms
Baden 13.3.2007

Die Schwaben haben Baden zwar von der Landkarte gestrichen aber nicht ausgelöscht.

Historische Grenzen kann man nicht löschen oder nachträglich verändern.



1	Vorspiel	1
2	Volksbefragung 1950	5
3	1. Volksabstimmung 1951.....	5
4	Gründung von Baden-Württemberg 1952	6
5	Verfassungsklage 1956.....	7
6	Verschleppung der 2. Volksabstimmung bis 1970	7
7	2. Volksabstimmung 1970.....	8
8	Gebietsreform 1971 –1974	10
9	Verwaltungsreform 2004.....	11
10	Baden-Württemberger?	11
11	Baden in Baden-Württemberg – „Baden lebt!“	12
12	Quellennachweis und Literatur	13

1 Vorspiel

1806

Im Frieden von Pressburg wurden der Breisgau und die Ortenau Baden zugesprochen. Aber schon drei Tage bevor dieses Gebiet badisch wurde, ließ der frischgebackene König von Württemberg (der „dicke Fritz“) den Schwarzwald bis nach Elzach, St. Peter, St. Märgen, St. Blasien und sogar bis Säckingen für sich in Besitz nehmen. Die badische Regierung protestierte bei Napoleon und dieser pfiff die Württemberger wieder zurück³⁹.

1809

Nach dem Sieg Napoleons über Österreich 1809 sollten die Ländergrenzen im deutschen Südwesten endgültig festgelegt werden. König Friedrich I. von Württemberg strebte Großes an, die Einverleibung des Großherzogtums Baden in sein Land. Großherzog Karl Friedrich sollte anderwärts entschädigt werden - es war an Hannover gedacht. Napoleon, im Herbst 1809 an einer Vermittlung des württembergischen Königs, des Schwiegersohns von König Georg III. von Großbritannien, bei der von ihm beabsichtigten Friedensinitiative gegenüber Großbritannien interessiert, signalisierte eine wohlwollende Prüfung der württembergischen

Wünsche. Doch bald drehte sich der Wind. Ein Frieden mit Großbritannien war nicht zu erreichen. Friedrich musste sich mit bescheidenen territorialen Vergrößerungen begnügen

1820

Laut einem Manuskript dessen Konzeption vom Württembergischen König Friedrich I. stammte, beabsichtigte dieser sein Königreich Württemberg bis zum Rhein auszudehnen, d. h. sich Baden einzuverleiben⁴. Das Ziel war dabei ein Großwürttemberg zu schaffen, und Württemberg damit ein größeres Gewicht zu verleihen.

1919

17.1.1919, Theodor Heuss hält in Stuttgart vor einer Wählerversammlung der „Deutschen Demokratischen Partei“ einen Vortrag mit dem Thema „Deutschlands Zukunft“. Hierbei sagte er, dass er sich gut vorstellen könne, dass Württemberg und Baden einen guten Staat zusammengeben würden. Er nannte dies eine „Oberrheinische Republik“ die er um die Pfalz ergänzt wissen wollte.

1.2.1919, in der Verfassungsgebenden Versammlung des „Volksstaates Württemberg“ wurde darüber diskutiert, dass Baden und Württemberg gemeinsam einen Freistaat bilden sollten dem sich Hohenzollern und die Pfalz anschließen könnten. Damit würde das Gewicht von Süddeutschland gegenüber dem Übergewicht von Preußen im neuen Reich verstärkt werden.

28.3.1919, während der Beratungen der Reichsverfassung in Weimar arrangiert Wilhelm Keil, Landtagspräsident von Württemberg und einer der einflussreichsten SPD-Repräsentanten in Württemberg, eine Diskussionsrunde badischer und württembergischer Abgeordneter, 17 nahmen daran teil. Wilhelm Keil wies bei der Eröffnung darauf hin, dass Stuttgart durchaus für eine Vereinigung sei. Die Württemberger meinten u. a., dass sie durch den Zusammenschluss „weniger von Bayern überschattet“ würden. Auch über eine Entschädigung von Karlsruhe für den Verlust als Hauptstadt wurde diskutiert. Als Namen wurde „Süddeutsche Republik“ bevorzugt. Badische SPD-Politiker befürworteten ebenfalls einen Zusammenschluss. Der ehemalige badische Justizminister Albert Düringer, ein Vertreter der Rechten, nannte die angeblich befreundeten württembergischen Nachbarn ein „intri-gantes Völkchen von schwäbischen Dickköpfen“. Die Zusammenkunft sollte nicht publiziert werden.

1920

Neubildung der Länder

Beim Reichsministerium des Innern sollte eine Zentralstelle zur Neubildung der Länder eingerichtet werden. Das württembergische Innenministerium formulierte für die Landesvertretung in Berlin eine Weisung. Darin war auch ein Katalog württembergischer Ziele und Wünsche enthalten. An dessen Spitze stand der Zusammenschluss von Württemberg und Baden, mit dem Zusatz „möglicherweise unter Einbeziehung von Hessen (sogenannte Bildung von Großschwaben)“.

Hohenzollern

Hohenzollern stellt sich die Frage ob es weiterhin bei Preußen bleiben oder sich Württemberg anschließen sollte. Dabei wurde ein Zusammenschluss von Baden, Württemberg und Hohenzollern zu dem Land „Großschwaben“ favorisiert. Wegen der großen Gegensätze zwischen Baden und Württemberg war dies aber nicht möglich. Bei den Ressentiments der Hohenzollern gegenüber den Württembergern war auch der Plan eines Anschlusses an den nunmehrigen Volksstaat Württemberg politisch unrealistisch. Eine Aufteilung des Landes auf Baden und Württemberg widersprach dem Prinzip der Unteilbarkeit des Hohenzollernlandes, also blieben sie vorerst weiterhin bei Preußen.

1930

Der württembergische Wirtschaftsminister Reinhold Maier zeigte Interesse an einer Vereinigung mit Baden, er sagte: „Württemberg würde, wenn augenblicklich die badischen Schulen auch größer seien als die württembergischen, auf lange Sicht gewinnen. Eine gewisse

Zurückhaltung sei geboten, da sonst die Badener meinten, Württemberg wolle Baden aufschlucken“⁵.

1945

Besatzung – Bildung neuer Länder

Die Amerikaner drängen die Franzosen nach Süden damit die Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-München völlig in ihrem Einflussbereich liegt (s. Karte).

Amerikanische Zone:

19.9.1946 Württemberg-Baden (Nordwürttemberg, Nordbaden) In der Stuttgarter Regierung unter Reinhold Maier saßen fast nur Schwaben. Die Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht verfügten jedoch, dass ein Ausgleich mit Baden stattfinden muss.

Französische Zone:

16.10.1946 Württemberg-Hohenzollern (Südwestwürttemberg, Hohenzollern)

1.12.1946 Baden (Südbaden),

Stuttgart versucht in der Folgezeit aus diesen Zonen den Südweststaat zu bilden.

Südbaden wehrt sich heftig dagegen, Nordbaden ist unentschlossen.

Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern sind dafür.

Für Hohenzollern kam ein Anschluss an Württemberg wiederum nicht in Frage, sondern nur ein Zusammenschluss aller drei Länder.

1946

30.6.1946 die Bürger wählen die Verfassungsgebende Landesversammlung für Württemberg-Baden. In der Verfassung wird festgeschrieben, wie die Vereinigung mit anderen Ländern und die evtl. Auflösung des Landes erfolgen soll.

Die Vereinigung mit einem anderen Land (z. B. Baden oder Württemberg-Hohenzollern) hat durch ein Gesetz zu erfolgen welches mit einfacher Mehrheit vom Landtag zu beschließen ist.

Aber für die Auflösung des Landes Württemberg-Baden ist ein Gesetz erforderlich welches mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu beschließen ist (So fest wurde Württemberg-Baden zusammengeschmiedet).

Typisch schwäbisch, das Rafften möglichst leicht, aber das Hergeben unmöglich machen.

Diese Klauseln stammten von einem erfahrenen württembergischen CDU-Politiker, und die nordbadischen Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung haben alle zugestimmt.

2 Volksbefragung 1950

15.4.1950, der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern Gebhard Müller schlägt eine - nicht rechtsverbindliche – Volksbefragung in allen 3 Ländern vor, um herauszufinden wie die Ansichten der Bevölkerung sind. Reinhold Maier und Leo Wohleb stimmen zu. Gefragt werden soll ob eine Vereinigung der drei Länder oder die Wiederherstellung der alten Länder Baden und Württemberg einschließlich Hohenzollern erfolgen soll.

In Nordbaden hatte man Angst, dass bei einer Vereinigung von Nord- und Südbaden zu Baden, dieses dann insgesamt französische Besatzungszone werde, und es ihnen dann genau so schlecht wie den Südbadern gehen würde. Diese Angst war unberechtigt, denn die Amerikaner hätten Heidelberg und die Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-München nie aufgegeben, das war in Stuttgart bekannt. Und zudem wäre es auch kein Problem gewesen, wenn im wiedervereinigten Baden im Norden die Amerikaner und im Süden die Franzosen gewesen wären. Das war ja dann ab 1952 bis 1998 so.

Leo Wohleb, Staatspräsident des Landes Baden (Südbaden) erkannte die Gefahr welche uns Badnern durch Stuttgart drohte. Er sagte:

„Von 1871 bis 1918 war kein Mensch auf den Gedanken gekommen, dass Baden von der Landkarte verschwinden müsse, damit Württemberg größer und leistungsfähiger werde“

(Südkurier 21.9.1950)

24.9.1950 Volksbefragung in allen 3 Ländern mit folgenden Ergebnissen:

Nordwürttemberg 93,5 %, Südwürttemberg 92,5 % dafür, warum wohl?

Nordbaden 57,4 %, Südbaden 40,4 % dafür.

Die Gegenstimmen von Nord- u. Südbaden zusammen betragen 50,7 %.

3 1. Volksabstimmung 1951

Nach der Volksbefragung rückte Gebhard Müller ¹⁸ davon ab, bei der Volksabstimmung die Stimmen getrennt nach den alten Ländern Baden und Württemberg durchzuzählen. Stattdessen schloss er sich dem Vorschlag von Maier an, den dieser bereits 1949 und im April 1950 machte. Dieser sah eine Abstimmung in den vier Bezirken vor, wobei der Südweststaat gebildet werden sollte wenn drei der Bezirke dafür stimmten. Nach dem Ergebnis der Volksbefragung wäre damit Baden (Südbaden) überstimmt worden.

Dem Bundestag lag u. a. der CDU-Antrag der Abgeordneten Gengler/Kiesinger vom 26.1.1951 vor: Bei einer Volksabstimmung sollte alternativlos nur die Frage nach der Bildung des Südweststaates gestellt werden und die Mehrheit in drei von vier Abstimmungsbezirken ausreichen, um den Erfolg sicherzustellen. Er war auf das Ergebnis der Volksbefragung abgestimmt.

Am 25.4.1951 verabschiedet der Bundestag den Antrag Gengler/Kiesinger als 2. Neugliederungsgesetz zur Volksabstimmung in Baden und Württemberg, die Volksabstimmung sollte am 16.9.1951 durchgeführt werden. (Das 1. Neugliederungsgesetz vom 15.3.1951, das sog. Blitzgesetz verlängerte die Zeitdauer der Landtage von Württemberg-Hohenzollern und Baden bis zur endgültigen Neugliederung). Beide Gesetze traten am 4.5.1951 in Kraft.

Gegen beide Gesetze erhob die Regierung von Baden (Südbaden) Verfassungsklage beim BVerfG. Am 23.10.1951 verkündete das BVerfG seine Entscheidung. Das 1. Neugliederungsgesetz wurde aufgehoben, die Landtage verlängerten sich aus eigenem Willen über ihre Sitzungsperiode hinaus. Die Klage zum 2. Neugliederungsgesetz wies das BVerfG zurück, 6 der 12 Richter stimmten dafür und 6 dagegen, ausschlaggebend war die Stimme des Vorsitzenden.

Die Rheinische Zeitung schrieb dazu ¹⁹: „Weil dem Gesetzgeber der überlegte Mord an Baden mit Hilfe eines für Baden tödlichen Wahlgesetzes nicht nachgewiesen werden konnte, wurde er auch vom juristischen Tatbestand des Totschlags freigesprochen“

Gebhard Müller gab schon am 18.4.1952 im Bundestag zu ²⁰: „Es ist richtig, dass dieser sog. Tübinger Entwurf (Antrag Gengler/Kiesinger) sich an das Ergebnis der Probeabstimmung anschließt. Aber meine Damen und Herren, das war ja gerade der Zweck dieser Probeabstimmung.“

Am 9.12.1951 erfolgte die sog. Volksabstimmung mit folgenden Ergebnissen für den Südweststaat:

Nordwürttemberg 93,5 % Wahlbeteiligung 50,4 %

Südwürttemberg 91,4 % Wahlbeteiligung 52,2 %

Nordbaden 57,1 % Wahlbeteiligung 67,4 %

Südbaden 37,8% Wahlbeteiligung 70,5 %

Die Gegenstimmen von Nord- u. Südbaden zusammen betragen 52,2 %.

Obwohl somit Gesamtbaden dagegen stimmte, war damit auf Grund des Gesetzes der Zusammenschluss beschlossen. Bei einer nach den alten Ländern getrennten Stimmendurchzählung wären die Länder Baden und Württemberg wieder hergestellt worden, Baden-Württemberg gäbe es heute nicht. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnete diese Volksabstimmung später als „den überspielten Volkswillen“.

4 Gründung von Baden-Württemberg 1952

Am 18.12.1951 besprachen Wohleb und Hilbert mit dem Bundeskanzler Adenauer die aktuelle politische Situation in Baden. Dieser war offenbar von der württembergischen Seite (Abgeordneter Kiesinger) ²¹ bisher falsch unterrichtet worden. Adenauer versprach seine Autorität einzusetzen, zur Annahme eines 3. Neugliederungsgesetzes. In diesem war vorgesehen die Bildung des Südweststaates bis zu einer Neugliederung des gesamten Bundesgebietes auszusetzen, es wurde jedoch am 16.1.1952 vom Bundestag abgelehnt.

Im Bund stand die Mehrheit der CDU zu Baden ²⁴, ließ aber unter Adenauers Deckung zu, dass zu den fast geschlossenen SPD- und FDP-Fraktionen immer so viele schwäbische und norddeutsche Bundestagsabgeordnete der CDU hinzutraten, dass die Mehrheit gegen Baden sicher war. Dies wiederholte sich mehrmals bis 1969.

Am 25.4.1952, wird der damalige Ministerpräsident von Württemberg-Baden (Nordwürttemberg, Nordbaden) Reinhold Maier (FDP) zum 1. Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gewählt. Damit ist das Land Baden-Württemberg geschaffen.

Maier hatte auf gut schwäbische Art hintenherum, vorbei an der stärksten Partei der CDU, die anderen Parteien auf seine Seite gezogen. Die bewusste Ausschaltung der CDU bedeutete besonders in den Süddeilen eine glatte Missachtung des Volkswillens.

Fast die gesamte Presse nahm gegen Maier Stellung ²². Die Basler Nationalzeitung sprach von einer Vergewaltigung Badens. Weitere Zeitungen meinten die Regierungszusammensetzung schüre das Misstrauen gegen den „Stuttgarter Zentralismus“. Vom Sieg der „Stuttgarter Hausmacht“ war die Rede, von einem „Staatsstreik“ usw.

Um den künftigen Landesnamen wurde hart gerungen und schließlich abgestimmt. Diskutiert wurden u. a. Schwaben, Baden-Schwaben, Schwaben-Franken, Rheinschwaben. Für den Namen Baden-Württemberg stimmten aber schließlich 70 Abgeordnete und für Schwaben 39 und dies waren ausschließlich Schwaben.

Für die Schwaben²³ bedeutete es Trost und Genugtuung, dass als Hoheitszeichen das Wappen des Herzogtums Schwaben mit den 3 Stauferlöwen sowie dessen Farben schwarz-gelb festgelegt wurden. Damit waren ihre Vorstellungen von „ihrem Land“ erfüllt, und außerdem standen sie nun bei der Aufzählung der deutschen Bundesländer mit Baden ganz oben auf der Liste an 1. Stelle.

5 Verfassungsklage 1956

Am 5.5.1955 werden alle Beschränkungen der Verfassung hinsichtlich einer Neugliederung, durch die Alliierten aufgehoben. Der Bundestag verabschiedet am 7.12.1955 ein entsprechendes Ausführungsgesetz, wonach innerhalb eines Jahres die beantragten Volksbegehren abgewickelt sein müssen.

Am 7.1.1956 stellt der Heimatbund Badnerland beim Innenministerium den Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens, dieser wird abgelehnt. Danach reicht der Heimatbund Badnerland beim BVG Beschwerde ein.

Am 30.5.1956 verkündet das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung, dass die Abstimmung in Baden wiederholt werden muss. Es übte an der Abstimmung von 1951 deutliche Kritik u. a.:

„Es kann schließlich nicht zweifelhaft sein, dass, wenn von Anfang an der badischen Bevölkerung die Möglichkeit der Durchführung eines Volksbegehrens gegeben gewesen wäre, sie mehrheitlich für die Wiederherstellung des Landes Baden eingetreten wäre (vgl. die Probeabstimmung vom 24. September 1950).“

„Der Wille der badischen Bevölkerung ist durch die Besonderheit der politisch-geschichtlichen Entwicklung überspielt worden“.

„Bei der Abstimmung am 9.12.1951 haben ... zwei Bevölkerungen, die badische und die württembergische, in der Weise gemeinsam abgestimmt, dass die zahlenmäßig stärkere die schwächere majorisieren konnte. Es war also eine Abstimmung bei der die badische Bevölkerung gerade nicht selbst bestimmen konnte, in welchem staatlichen Verband sie künftig leben will, mit anderen Worten, sie lebt noch immer in einem Gebiet, das „ohne Volksabstimmung“ seine Landeszugehörigkeit geändert hat“.

Am 28.6.1956 wurde die Eintragungsfrist für das Volksbegehren vom Innenminister auf die Zeit vom 3. – 10.9.1956 festgelegt, mindestens 10 % der stimmberechtigten Einwohner Badens, ca. 200.000, sollten sich öffentlich in Listen eintragen. Am Ende waren es 310.000, damit war der Weg für einen Volksentscheid, d. h. die 2. Volksabstimmung frei.

6 Verschleppung der 2. Volksabstimmung bis 1970

Nun aber begann die Verzögerungstaktik, um die Abstimmung so lange wie nur möglich hinauszuschieben. Die Landesregierung im Bunde mit der Bundesregierung hat mit allen sog. rechtlichen Mitteln erfolgreich verhindert, dass die Abstimmung stattfinden konnte. Eine maßgebliche Rolle spielte auch hierbei Kurt Georg Kiesinger. Je länger die Abstimmung hinausgeschoben wurde, umso geringer war das Risiko, dass die Badner für die Trennung stimmen würden. Dies bestätigte auch eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie.

Das Badnerland schrieb 1964⁷ „Drückt sich die CDU um die Badenentscheidung?“ und sprach von „faulen Tricks“ indem man ein Gesetz vorschlage, „damit es abgelehnt werde“ um die eigentliche Entscheidung wieder mal über die kommende Wahl hinwegzumanipulieren. Die neue Züricher Zeitung schrieb 1964⁸ unter der Überschrift „Badenfrage“ – „...dass der Vollzug der Anordnung des höchsten Gerichtes (1956) über sieben Jahre hinausgezögert wurde. Dass dabei die Stuttgarter Regierung die biologische Bevölkerungsveränderung

im Raume des Landes Badens im Auge hatte und noch hat, ist offensichtlich. Die alte Badener sterben, und die jungen wissen von nichts.

Kiesinger sagte damals: ¹

„Die Volksabstimmung in Baden erfolgt dann, wenn der letzte Altbadener gestorben ist“.

1966 waren 10 Jahre vergangen seit das Bundesverfassungsgericht uns Badnern das Recht gegeben hatte über den Verbleib im Südweststaat alleine abzustimmen. Anlässlich dieses „Jubiläums“ schrieb z. B. die Basler Nationalzeitung ⁹ am 28. Mai zum „peinlichen Jubiläum“ u. a. „Es ist unglaublich wie die Bundesregierung und die Mehrheit der politischen Kräfte in Baden-Württemberg mit dem demokratischen Grundrecht der Selbstbestimmung umgehen, obwohl der Vollzug ein Verfassungsauftrag darstellt“. Am 1.6.1966 überschrieben die Stuttgarter Nachrichten ¹⁰ ihren eigenen Artikel zur Lage mit dem Bild: „Altbadischer Luftballon“. Welch ein Niveau- und Gesinnungsunterschied zwischen diesen beiden Artikeln.

Die 2. Abstimmung wurde 14 Jahre bis 1970 verschleppt. In dieser Zeit ist die biologische Uhr weitergelaufen, eine neue Generation ist herangewachsen. 1966 wurde der aus Baden stammende Filbinger Ministerpräsident (bis 1978), übrigens der einzige aus Baden. Weiterhin befanden sich in dieser Ära mehr Politiker aus Baden in der Regierung ²⁹ als je zuvor. Wirtschaftliche Fördermaßnahmen konzentrierten sich sehr stark auf badische Gebiete ³⁰, und es wurde noch nicht zentralisiert. Die Landesregierung schien zu versuchen ein Gleichgewicht zwischen Baden und Württemberg herzustellen. Die Landesgrenze war noch vorhanden, da die Bereiche der Regierungspräsidien Nord- und Südbaden deckungsgleich mit dem Land Baden waren. Die badischen Einrichtungen hatten noch Bestand, von Fusionen war noch nicht die Rede und man versuchte noch nicht uns zu "schwabenisieren". Ein Zustand mit dem wir Badner leben konnten. Das Miteinander mit den Schwaben schien zu funktionieren. Wir Badner wurden "abstimmungsreif" gemacht, wurden "eingelullt".

Am 2.7.1969 beschloss der Bundestag das verfassungsändernde Gesetz, Grundgesetz, Artikel 29 wird geändert. Demnach war bis zum 30.6.1970 im Gebietsteil Baden ein Volksentscheid durchzuführen. Wir Badner hatten nach 6 + 14 = 20 Jahren unser Ziel erreicht und das Recht bekommen, über uns selbst bestimmen zu dürfen.

Am 30.1.1970 verabschiedet der Bundestag das Durchführungsgesetz über den Volksentscheid in Baden, dieser muss bis zum 30.6.1970 durchgeführt sein, damit ist der Weg für die Volksabstimmung endgültig frei. Es ist darüber abzustimmen ob das frühere Land Baden wiederhergestellt werden, oder in Baden-Württemberg verbleiben soll.

7 2. Volksabstimmung 1970

Nun begann wieder der Kampf um den Südweststaat bzw. wurde verstärkt fortgesetzt, und wieder mit ungleichen Waffen. Die Mittel und Möglichkeiten des „Heimatbund Badnerland“, waren begrenzt, die Landesregierung aber schöpfte aus dem Vollen (Steuergeld, auch badisches) und zog alle Register.

Im Wahlkampf der Badner stand an oberster Stelle die Grundsatzfrage nach der Entstehung des Südweststaates: Ein Bundesland ¹⁶ das zustande gekommen ist, weil man erst nach einer Probeabstimmung (1950) den endgültigen Wahlmodus festlegte, dass das erwünschte Resultat herauskam (19951). Die Verzögerung eines vom Bundesverfassungsgerichtes 1956 vorgeschriebenen Volksentscheids um 14 Jahre, ein Land dessen Verfassung nie dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde, das von der selbst erlassenen Verfassung keine Notiz nimmt und sich um das darin vorgesehene Ministergesetz drückt. Das verletzte Recht schrie nach Wiedergutmachung und in vielen badischen Köpfen auch nach Rache.

Man wollte aufklären über die Finanzen, Baden-Württemberg war das am höchsten verschuldete Bundesland. Weiterhin über die Wirtschaftsprobleme und die Benachteiligung des

badischen Landesteiles, die ausstehende Elektrifizierung der Schwarzwaldbahn, den verspäteten Bau der Autobahn Karlsruhe – Basel, usw.

Am 17.1.1970 beschließt der Parteitag der südbadischen CDU in Waldkirch, den Mitgliedern und Wählern die Stimmabgabe für den Südweststaat zu empfehlen. Dieser Beschluss kam nicht ganz ohne Manipulation durch die Parteiführung, sprich Filbinger zu Stande ¹¹. Welche Geburtswehen dieser Beschluss verursachte kann man dem Brief entnehmen den Dr. Lais, der Mitbegründer der CDU in Lahr seinem Duz-Freund Filbinger schickte und dem Badnerland zur Veröffentlichung zur Verfügung stellte (BL 1970/1)¹².

Darin heißt es:

„Sollte der Boden der Neutralität verlassen werden, könnte die Folge nur sein, dass ich ... meinen Austritt erkläre. Die schmierige Behandlung der Badener und ihres Führers Leo Wohleb, die widerliche Verfahrensweise bei der Bildung des Südweststaates und die aus reinem Opportunismus gewisser Persönlichkeiten der südbadischen CDU entscheidend geförderte und von der Bundes-CDU maßgeblich betriebene Verschleppung der vom Bundesverfassungsgericht 1956 angeordneten erneuten Abstimmung sind allein schon Ungeheuerlichkeiten, die zum Himmel schreien. Ist nun noch verbürgt, dass Herr Kiesinger vor Jahren in einer Gesellschaft einer ihn fragenden Dame, wann nun endlich die Baden-Abstimmung stattfindet, erklärte, dann wenn der letzte Altbadener gestorben ist, dann frage ich dich nunmehr allen Ernstes, soll unter Deiner Ägide diese erbärmliche politische Leichenfledderei weiterbetrieben werden? Noch hoffe ich und erwarte ich von Dir, dass Du eine neutrale Haltung der Partei durchsetzt. Wenn nicht, dann bleibt mir nur noch übrig, ein Pfui Teufel für deine Partei zum Ausdruck zu bringen, für die der Begriff Heimat sinnlos geworden ist... dann bleibt für mich und viele meiner Freunde nur noch der Weg der inneren Emigration. Und das bedeutet politische Heimatlosigkeit. Bedenke, das ist ein bitteres Los.“

Die Regierungsmitglieder, allen voran der Ministerpräsident Filbinger, waren dauernd unterwegs ¹⁵. Sie hatten Zeit und Geld und versprachen jetzt vieles, was die Badner jahrelang als Benachteiligung durch Stuttgart angeprangert hatten.

Dazu schrieb die Rheinpfalz am 12.5.1970 ¹³: „Der Abstimmungskampf wird nicht mit ganz sauberen Mitteln betrieben. Großverleger Burda engagierte für mehrere Veranstaltungen die Stars Karel Gott, Udo Jürgens, Manuela, die Bentley Sisters und Kurt Stadel“, und eine Musikkapelle war auch immer dabei.

Die Überlegenheit des politischen Gegners der Badner war in jeder Hinsicht erdrückend. Großformatige Anzeigen erschienen in allen Zeitungen, Geld spielte offensichtlich keine Rolle, mehrseitige Wahlzeitungen in Farbe polierten das Image des Südweststaates auf. Und am Abend vor der Abstimmung wandte sich der Ministerpräsident Filbinger über das Fernsehen an die Wähler. Er machte ihnen Angst, vor allem den Rentnern, das arme Land Baden könne ihre Renten nicht mehr bezahlen. Und den Arbeitern und Angestellten in staatlichen Betrieben und Verwaltungen, ihre Löhne und Gehälter seien gefährdet. Und er kündigte an, „er wolle gegebenenfalls zehn Jahre die Gerichte mit Prozessen beschäftigen“ (Süddeutsche Zeitung v. 8.6.1970).

Am 7.6.1970 findet die Volksabstimmung statt:

62,5 % der stimmberechtigten Badner beteiligten sich daran. 81,9 % stimmten für den Verbleib in BW. Die Stuttgarter Wahlvorbereitungen waren erfolgreich.

Und hier ist anzumerken, wenn wir Badner bei der 1. Volksabstimmung 1951 nicht von den Schwaben betrogen worden wären, dann hätte diese Abstimmung gar nicht stattgefunden. Warum nur hat Stuttgart seit 1919 so verbissen um uns angebliche „Badische Hungerleider“ gekämpft?

Wir Badner hatten nach einem seit 1950 andauernden Kampf unser Recht bekommen, aber zu spät!

So ist , wider Recht und Gerechtigkeit, jener deutsche Staat von der Landkarte verschwunden, welcher sich im Revolutionsjahr 1849 als erster eine vom Volk ausgehende Regierung gegeben hatte, jener Staat welcher als Erster auf deutschem Gebiet im Jahre 1863 die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeführt hatte und sich unter der weisen Regierung Großherzogs Friedrichs I. mit den vorbildlich liberalen Verwaltungsgesetzen von 1884 das Prädikat vom Musterland verdient hat ¹⁷.

Die Badische Zeitung vom 8.6.1970 kommentierte: „Die Anhänger der sogenannten altbadischen Regelung sollten nicht resignieren, sondern jenes badische Element überall bleiben, das darüber wacht, dass ihre so geliebte badische Heimat im neuen Bundesland auch in Zukunft nicht zu kurz kommt.“

Einzelne Badner versuchten im alten Sinne weiter zu kämpfen. Das Verfassungsgericht bestätigte ¹⁴, dass zwar eine Chancen-Ungleichheit bei der Abstimmung bestand, bei dem eindeutigen Ergebnis aber keine Rolle spielte.

Den heutigen Kämpfern für Baden geht es nicht um die Herstellung des alten Landes Baden, sondern eben darum wie die Badische Zeitung am 8.6.1970 kommentierte: „... darüber wacht, dass ihre so geliebte badische Heimat im neuen Bundesland auch in Zukunft nicht zu kurz kommt“, wir Badner in diesem Bundesland „Badner“ bleiben, und Baden in Baden-Württemberg und in Europa eine Zukunft hat.

8 Gebietsreform 1971 –1974

Die Landesregierung führt 1971 –1974 eine Gebietsreform durch.

Gemeinden müssen sich zu größeren wirtschaftlichen Verwaltungseinheiten zusammenschließen, bzw. kleine Gemeinden müssen sich den nächsten größeren anschließen (Eingemeindungen). Ebenso werden die Landkreise neu gegliedert. Beide Maßnahmen werden entlang der ehemaligen Grenze zwischen Baden und Württemberg grenzübergreifend durchgeführt. Damit wird die ehemalige Grenze total verwischt, so dass der badische Landesteil nicht mehr genau definiert werden kann, dies wurde bewusst gemacht mit dem Ziel ein einheitliches neues Landesbewusstsein zu schaffen ³⁵.

Schließlich nimmt man den Regierungspräsidien den Landesnamen, Nordbaden wird in Karlsruhe und Südbaden in Freiburg umbenannt. Damit ist der Name Baden ausgelöscht, es gibt ihn auf keiner Landkarte mehr sondern, nur noch im Landesnamen Baden-Württemberg. Wenn man eine solche Karte anschaut kann man den Landesteil Baden nicht mehr finden. Zum Glück hat sich inzwischen ein bayrischer Verlag uns Badnern erbarmt und 2001 eine schöne „Badisch-Schwäbische“ Landkarte bzw. Straßenkarte i. M. 1:300.000 herausgegeben. Sie enthält unsere historische badische Landesgrenze und ein komplettes Ortsverzeichnis auf der Rückseite.

(Berndtson & Berndtson, ISBN 3-89707-700-0, im Buchhandel)

Von 1966 – 1978 war Hans Georg Filbinger Ministerpräsident. Er wurde am 15.9.1913 in Mannheim geboren und war bzw. ist bis heute der einzige aus Baden stammende Ministerpräsident. In der Zeit nach 1966 saßen auch mehr Badner als Württemberger in der Regierung. In der Regierungszeit des „Badner-Ministerpräsidenten“ wurde die Volksabstimmung vorbereitet (das Badische Volk vorbereitet) und durchgeführt, Filbinger selbst war dabei einer der heftigsten Befürworter des Südweststaates. Ebenso wurde die Verwaltungsreform von ihm durchgeführt bei welcher Baden von der Landkarte gestrichen wurde. Waren das die Ideen der Regierung-Badner oder der Partei im Hintergrund? War es Zufall oder Methode dass man diese Arbeit von den Badnern erledigen ließ?

9 Verwaltungsreform 2004

Die Landesregierung führt eine Verwaltungsreform durch. Der Plan hierzu wurde von Ministerpräsident Teufel selbst erarbeitet und das Kabinett damit überrascht. Es sollen mehr ca. 600 Behörden, Ämter und Einrichtungen mit insgesamt ca. 55.000 Arbeitsplätzen betroffen sein. Ziel der Reform sind mehr Effektivität und mittelfristig deutliche Einsparungen, Teufel hat als Sparziel eine "Effizienzrendite" von 20 Prozent vorgegeben. In die Landratsämter sollen die unteren Sonderbehörden integriert werden, sie würden dadurch politisch gestärkt und finanziell belastet. Die Regierungspräsidien sollen ebenfalls zusätzliche Aufgaben erhalten. Die Ministerien sollen Referate einsparen.

Von den fusionierten und aufgelösten Ämtern werden die Ministerien in Stuttgart teilweise Aufgaben übernehmen. In den Regionen fallen Arbeitsplätze weg, qualifizierte Arbeitsplätze werden nach Stuttgart in die Ministerien oder Landesverbände verlagert.

Beispiele Stand 1/2004

Die Landeswohlfahrtsverbände müssen fusionieren, in Stuttgart wird ein überörtlicher Kommunalen Sozialverband angesiedelt (s. Landeswohlfahrtsverbände).

Das Landesgewerbeamt in Karlsruhe soll aufgelöst werden, Aufgaben sollen vom Regierungspräsidium und ggf. dem Wirtschaftsministerium übernommen werden.

Es ist anzunehmen, dass Stuttgart gestärkt aus der Verwaltungsreform hervorgeht, sowohl mit Macht als auch mit Arbeitsplätzen.

10 Baden-Württemberger?

Dem Schwaben MP Teufel war die baden-württembergische Landesidentität ein besonderes Anliegen. Dies ist jedoch eine Landesidentität schwäbischer Prägung. Das zeigen z. B. der Spot „Wir können alles außer Hochdeutsch“ oder die „Drei-Löwen-Kampagnen“. Damit wird Baden-Württemberg als schwäbisch dargestellt und auch außerhalb Baden-Württembergs so wahrgenommen.

Auch unter dem neuen MP Oettinger wird die „Schwabenisierung“ fortgesetzt. Aus dem Radio (SWR4) tönt es „Baden-Württemberg, da sind wir daheim“, gesprochen mit schwäbischem Akzent. Oettinger ist übrigens Mitglied im so genannten Colloquium der **Spätzle-Akademie**. Ziel des Zusammenschlusses mehr oder weniger bekannter Persönlichkeiten ist es, die „**schwäbische Leitkultur zu fördern**“. Für wen eigentlich? Die Schwaben haben ihre Schwabekultur, also braucht man diese wohl als Leitkultur für „Rei'gschmeckte“ und die „annektierten Badner“.

„Baden-Württemberger“ gibt es nicht, genau so wenig wie „Rheinland-Pfälzer“, oder andere Bindestrichländer-Bewohner. Die Pfälzer z. B. sind Pfälzer, die Westfalen sind Westfalen und wir Badener eben Badner. Wer als Badner die Entstehungsgeschichte Baden-Württembergs kennt, kann sich wohl eh nicht mit Baden-Württemberg identifizieren.

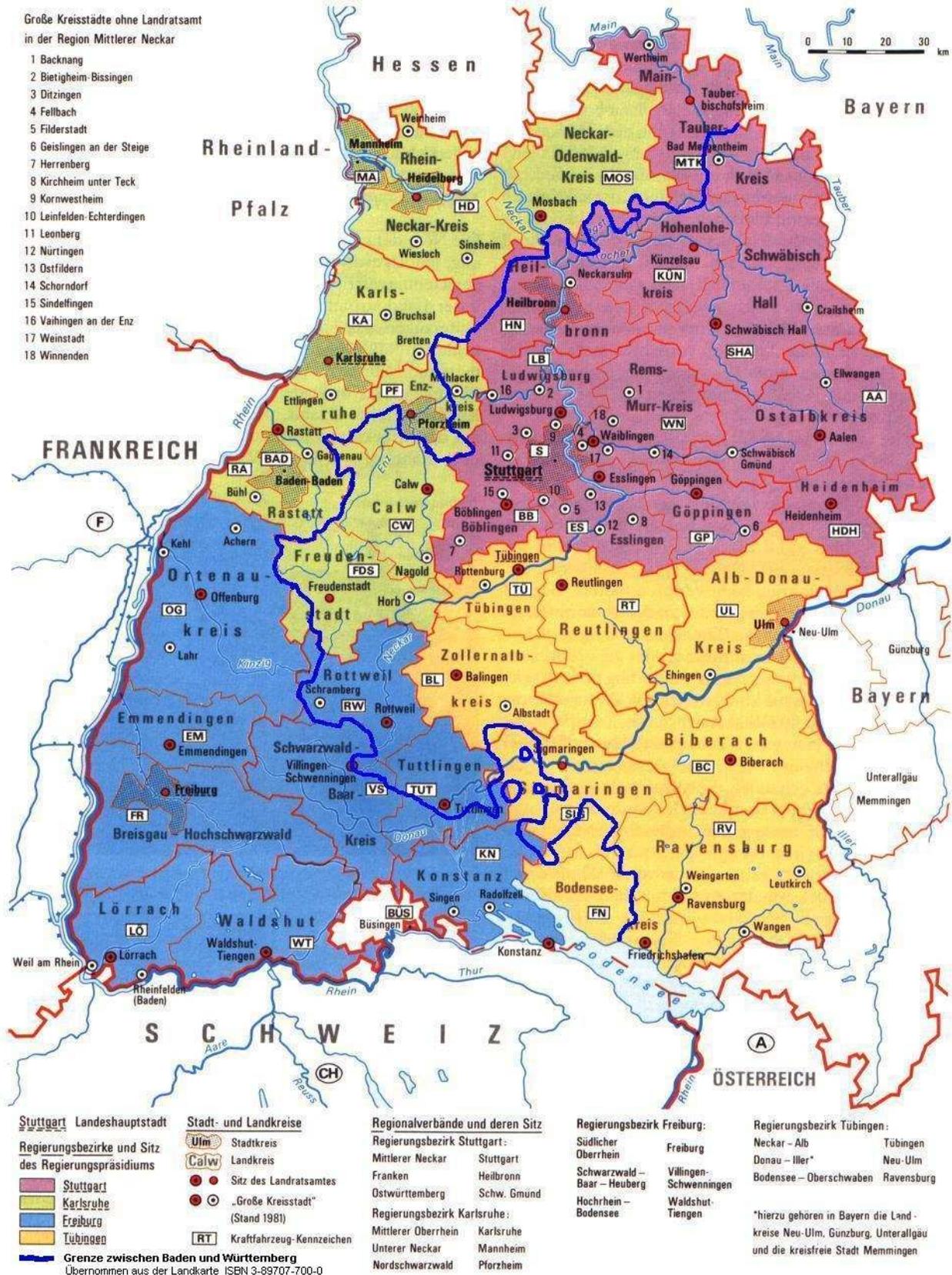
Im Jahre 2002 hat die Landesregierung eine Studie in Auftrag gegeben um zu erfahren wie es mit der sog. Landesidentität steht. Nur 11,7 % der Erwachsenen und sogar nur 8,2 % der Schüler bezeichneten sich als Baden-Württemberger. Vorrangig bezeichnen sie sich als Deutsche, Europäer und Bewohner ihrer Region. Die Baden-Württemberger gibt es somit praktisch nicht. Mit was soll man sich denn auch identifizieren?

Baden-Württemberg besteht aus den ehemaligen Ländern Baden, Hohenzollern und Württemberg bzw. deren Regionen. Diese müssen hervorgehoben und gestärkt werden, damit können sich die Menschen identifizieren, das ist ihre Heimat

11 Baden in Baden-Württemberg – „Baden lebt!“

Die Schwaben haben Baden zwar von der Landkarte gestrichen aber nicht ausgelöscht
Historische Grenzen kann man nicht nachträglich verändern.

„Baden lebt - Baden bleibt badisch – da sind wir daheim!“



12 Quellennachweis und Literatur

Nachfolgend wird hauptsächlich auf Bücher verwiesen, dabei wird auch die entsprechende Seite aufgeführt. Der Nachweis ist nicht vollständig, da erst später damit begonnen wurde. Um nicht bei jedem Verweis das Buch komplett aufführen zu müssen werden die Titel mit einem Buchstaben gekennzeichnet. Der Buchstabe steht für das Buch, die Zahl für die entsprechende Seite.

- A „Der überspielte Volkswille“ - ISBN 3-7890-2821-5
R. Albiez, Dr. K. Glunk, R. Grund, Prof. Dr. K. H. Neumayer, Prof. Dr. K.-L. Weinacht
- B „Die badischen Regionen am Rhein“ - ISBN 3-7890-7712-7
Prof. Dr. K.-L. Weinacht
- C „Kontrapunkt Baden-Württemberg“ - ISBN 3-87181-478-4
Karl Mörsch, Peter Hölzle
- D „Die bessere Hälfte“ - ISBN 3-421-05591-2
Herrmann Bausinger
- E „Ein Haus für Alle“ - ISBN 3-935129-04-1
Jan van Deth & Julia Schäfer - Herausgeber: Haus der Geschichte Baden-Württemberg
- F „Geschichte Badens 1“ – 1968 - Bestell-Nr. 4163, G. Braun-Verlag Karlsruhe
Berthold Sütterlin
- G „Deutschland deine Schwaben“ im neuen Anzüge
Thaddäus Troll
- H „Historischer Atlas Deutschland“ – 1997 - ISBN 3-8289-0358-4
Manfred Scheuch
- J „Geschichte Badens“ – 2. Auflage 1998 – ISBN 3 8062 1022 5
Wolfgang Hug
- K „Baden-Württemberg, Vielfalt und Stärke der Regionen“ – 2002 – ISBN 3-87181-481-4
Sonderausgabe für die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
- L „Baden-Württemberg im Fusionsfieber“ - 2005 – ISBN 3-00-017798-1
Stefan Jehle
- M „Badische Heimat“ – Heft 4/2006
Beitrag von Wolfgang Hug, „Von der Baustelle zum Musterland“.

¹ A 8, ² D 236, ³ C 193, ⁴ A 19, ⁵ A 21, ⁶ E 14, ⁷ A 247, ⁸ A 267, ⁹ A 270, ¹⁰ A 271
¹¹ A 289, ¹² A 290, ¹³ A 293, ¹⁴ A 296, ¹⁵ A 292, ¹⁶ A 291, ¹⁷ A 197, ¹⁸ A 46, ¹⁹ A 46, ²⁰ A 56
²¹ A 56, ²² D 96, ²³ A 114, ²⁴ A 62, ²⁵ F338, ²⁶ F341, ²⁷ G62, ²⁸ G217, ²⁹ B503, ³⁰ B525
³¹ G 136, ³² H 140, ³³ H 141, ³⁴ J 213, ³⁵ K 348, ³⁶ G9, ³⁷ G11, ³⁸ L, ³⁹ M,

Weitere Bücher:

„Badisches Kalendarium“ – 2006 – ISBN 3-7650-8326-7
Heinrich Hauß, Adolf Schmid

„Baden - Dynastie – Land – Staat“ – 2006 - ISBN 3-17-018551-9
Hansmartin Schwarzmaier